

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mart).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Kleinzeile (30 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mart).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 31

Dienstag, den 13. März

1928

Das Erwachen des Islams.

Unruhen in Kairo.

Kairo. Die gespannte Lage in Ägypten, die sich seit dem Rücktritt des ägyptischen Kabinetts Sarwat Pascha ausgeprägt hat und englischfeindliche Ausschreitungen befeuert hat, hat zu schweren Zusammenstößen zwischen ägyptischen Studenten und Polizei geführt. 1500 Studenten griffen in Kairo Polizeimannschaften an; es kam zu einem schweren Kampf, bei dem 28 Studenten und 8 Polizisten verletzt wurden. Die amerikanische Universität wurde geplündert und der Rektor verlegt. Den freitenden Studenten hat sich eine große Anzahl jugendlicher angegeschlossen, und überall in der Stadt kam es zu weiteren Zusammenstößen mit der Polizei.

Nach Londoner Meldungen ist die Verantwortung für die Ausschreitungen bei der Wafd-Partei zu suchen, deren Führer Nahas Pascha ist. In Kairo haben die extremen Elemente die Oberhand gewonnen. Man glaubt, daß die englische Regierung eine sehr scharfe Note an Ägypten vorbereite.

Zimmer neue Grubenunfälle.

Auf der Zeche „Borden“ bei Osterfeld ereignete sich ein schweres Unglück. Drei Bergleute wurden von einem entgleisten Personenaufzug erstickt und gegen die Wand geklemmt. Einer von ihnen ist kurz darauf gestorben. Die beiden anderen wurden ins Krankenhaus geschafft.

Auf der Grube Hershelsmaubau bei Bunzlau stürzte ein Steiger mit dem Förderkorb in die Tiefe und blieb schwer verletzt liegen. Ein Schloffer und ein Bergmann sollten den Verunglückten in dem inzwischen reparierten Förderkorb nach oben schaffen. Kurz vor dem Verlassen des Korbes riß jedoch das Seil, und der Korb stürzte mit drei Insassen erneut in die Tiefe. Der Steiger und der Schloffer wurden sofort getötet, der Bergmann erlitt schwere Verletzungen.

München baut die größte Bibliothek der Welt. In München werden Pläne für den Bibliothek- und Studienbau des Deutschen Museums fertiggestellt. Die Bibliothek wird die größte der Welt werden, mit einer Aufnahmefähigkeit von über einer Million Bänden. Eine ganz neue Errungenschaft wird die Plansammlung, in der sämtliche Pläne aller technischen Anlagen, Bauten und Werke der ganzen Welt kopiert oder photographiert enthalten sind.

Der Stand des Notprogramms.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns das folgende gemeldet:

Das Gesetz über Einfuhrschemine und das über das künftige Gefrierfleischkontingent sind vom Reichsrat verabschiedet und dem Reichstag zugeleitet worden. Das Gesetz über die Rentenbankkredite wird im Laufe der nächsten Woche erledigt werden. Das Gesetz zur Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten wird gegenwärtig im Ausschuss behandelt. Die erste Lesung des Kriegsgeldengesetzes ist im Ausschuss erledigt; die zweite Lesung nimmt der Ausschuss in der nächsten Woche vor. Etat und Ergänzungsetat sind vom Reichsrat am Freitag dem Reichstag überwiesen worden. Der Personalienetat ist vom Reichsfinanzminister am Freitag dem Reichsrat zugeleitet worden. Die Mehrforderung bezuht hier lediglich auf die Ausführung des Besoldungsgesetzes und damit zusammenhängender Personalanforderungen für die Verordnungsämter und das Statistische Reichsamts. Die Kleinrentenverordnung, die gegenwärtig im Reichsrat behandelt wird, wird nach ihrer Erledigung mit Zustimmung des Reichsrates im Verordnungswege veröffentlicht werden.

Abschluss der Verkehrsdebatte im Reichstag.

Im Reichstag wurde die Verkehrsdebatte abgeschlossen. Reichsverkehrsminister Dr. Koch erklärte in der Aussprache, daß von Seiten des Reichsverkehrsministeriums der Juppelplan energig gefördert werden sollte. Die nächste Sitzung des Reichstags beginnt am Dienstag um 2 Uhr mit der Beratung des Nachtrages.

Braun verteidigt seine Politik.

Im preussischen Landtag kritisierte am Freitag der deutsch-nationale Abg. Steinhoff das Verhalten des preussischen Ministerpräsidenten Braun in der Flagenfrage. Inwieweit sei die Ansicht des preussischen Ministerpräsidenten über den Bau des Panzerkreuzers A, die vom deutschen Standpunkt durchaus abwich. Minister Gwoener habe selbst die Notwendigkeit des Kreuzers zur Abwehr einer Blockade, zur Verteidigung der Seehandelswege und der ungeschützten Küste und endlich auch zur Sicherung des Verkehrs mit Ostpreußen betont.

Hierauf erwiderte Ministerpräsident Braun, daß der Bau des Panzerkreuzers A nach dem Urteil des Generalis von Seest nicht flugbar sei, und diese Frage von den Staatsmännern entschieden werden müsse. Nachdem dann Abgeordnete verschiedener Parteien zur preussischen Politik gesprochen hatten, bewilligte der Landtag den Etat des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten und vertagte sich auf Mittwoch 12 Uhr: Kulturelat.

Wahlvorbereitungen des Zentrums.

Sitzung des Parteivorstandes.

Berlin. Der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Landesverbände und den Generalsekretären eine Sitzung ab, an der u. a. auch Dr. Köhler, Dr. Brauns und Dr. Birch teilnahmen.

Dr. Stegerwald, der die Griffe des Kanzlers überbrachte, erörterte insbesondere das Problem Reich und Länder. Die von dem vor einigen Wochen eingeleiteten Neuausschuss ausgearbeiteten Richtlinien, die das Problem unter dem Gesichtspunkt der föderativen Grundidee der Zentrumspartei behandeln, wurden dem Parteivorstand genehmigt. Generalsekretär Dr. Bockel umriß die Aufgaben des kommenden Wahlkampfes.

Zur Vorbereitung des Wahlauftrags, der am 12. April dem Reichsparteiausschuss vorgelegt werden soll, setzte der Parteivorstand eine Kommission aus 9 Mitgliedern ein. Am 11. April wird der Parteivorstand die Reichsliste für die kommenden Wahlen endgültig aufstellen. Ein Parteitag findet vor den Wahlen nicht mehr statt.

Die „Germania“, das Zentralorgan der Zentrumspartei, veröffentlicht den Wortlaut der Richtlinien, in denen u. a. erklärt wird, praktisch möglich sei zunächst nur der Weg, durch Anbahnung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Reichsgewalt und preussischer Staatsgewalt Weisungen zu vermeiden und auf gemeinsame Arbeit in der Verwaltung Vereinfachung hinzustreben.

Vordringen von Saub in Transjordanien.

London. Die Kampagne an der Grenze des Transjordanien und Transjordanien ist sich erheblich zugeeignet. Nach den letzten Berichten aus Bassi haben die Wahabiten mehrere Dörfer in Transjordanien eingenommen. Eine britische Abteilung mit Panzerwagen und Flugzeugen ist außerhalb der Wälle von Koweit stationiert worden.

In informierten Londoner Kreisen verlautet, daß in Kürze Verhandlungen mit Ibn Saud eröffnet werden sollen, um Harzstätten, welche Fragen er neu geregelt wissen will. Ibn Saud, der den britischen diplomatischen Vertretern in Mekka ersuchte, die britische Regierung solle sich verpflichten, keinen Einspruch gegen den von ihm getätigten Waffenankauf zu erheben, wurde die Antwort zuteil, daß Großbritannien den Waffenexport nicht behandeln werde, wenn er sich verpflichte, seine Luftkräfte bei britischen Firmen in Zusammenarbeit mit der Konvention über den Waffenhandel zu tätigen.

Ein landfremder Provinzialwirtschaftsrat in Südtirol.

Wien. In Bozen ist der neue Provinzialwirtschaftsrat für Südtirol gebildet worden. Rastelli gehört ihm kein einziger deutscher Vertreter an. Vertreter des Handels ist ein gewisser Grassi, dessen Hauptziel von jeher die Ausschaltung des deutschen Handels in Bozen ist. Die Landwirtschaft vertritt ein gewisser Mori, der das italienische Halbpachtssystem vertritt, das man in Ost- und Südtirol überhaupt nicht kennt. Die Industrie schließlich wird von Bossini vertreten, der ein Landfremder und mit den Verhältnissen in Bozen auch nicht im geringsten vertraut ist.

Das Wahlprogramm der Christlich-nationalen Bauernpartei.

Weimar. In Weimar fand die verfassungsgebende Sitzung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolk-Partei im Landvolkshaus statt. Es wurde folgendes Programm aufgestellt:

Die Bewohner des platten Landes bilden eine unüberwindliche Lebens-, Arbeits- und Schicksalsgemeinschaft. Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolk-Partei steht in einer bodenständigen leistungsfähigen und selbständigen Landwirtschaft die stärkste Stütze der Volkswirtschaft. Die Partei will ohne Rücksicht auf die Weltgröße oder Konfession alle Landbewohner sammeln in der Arbeit für das Ziel, die deutsche Landwirtschaft stark zu machen zur Erfüllung ihrer Pflicht, das deutsche Volk aus eigener Kraft zu ernähren und das Landvolk als Jungbrunnen der Volkskraft zu erhalten.

Im Anschluß an die Sitzung wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der es u. a. heißt:

Das Landvolk Deutschlands fühlt sich stark genug, auch in den geschwebenden Körperpolitischen in eigener Fraktion seine Interessen frei von parteipolitischen Bedingungen selbst durchzusetzen. Landvolk- oder Bauernlisten, die lediglich dazu bestimmt sind, auf Umwegen den politischen Parteien Wähler und den parteipolitischen Fraktionen Abgeordnete zuzuführen, lehnt die Christlich-nationale Bauern- und Landvolk-Partei aus Gründen der politischen Ehrlichkeit und Reinlichkeit ab.

Der Brandenburger Landbund zu den kommenden Wahlen.

In seiner außerordentlichen Vorstandssitzung hat der Brandenburger Landbund zu den kommenden Wahlen beschlossen, nach wie vor grundsätzlich jede einseitige Bindung an eine politische Partei abzulehnen und nur diejenigen Abgeordneten zu unterstützen, die sich zum Programm des Reichslandbundes bekennen.

Der ungarisch-rumänische Optantenstreit bis Juni vertagt.

Genf. Der ungarisch-rumänische Optantenstreit, der im Mittelpunkt der März-Sitzung des Völkerbundes stand, ist unerledigt geblieben. Nachdem der englische Außenminister Chamberlain den Vorschlag gemacht hatte, das gemeinsame ungarisch-rumänische Schiedsgericht durch zwei Neutrale zu ergänzen und der ungarische Vertreter bedingungslos diesen Vorschlag angenommen hatte, beschäftigte sich eine Geheimtagung in mehrstündiger Debatte mit dieser vorgeschlagenen Lösung des Konfliktes. Der rumänische Vertreter Titulescu wehrte sich aber ganz entschieden gegen dieses neue Schiedsgericht, so daß sich der Völkerbund gezwungen sah, die Frage bis zur nächsten Ratssitzung im Juni zu vertagen.

Bestürzung in Bukarest.

Die Entscheidung des Völkerbundesrat in dem Optantenstreit hat in der rumänischen Hauptstadt größte Bestürzung hervorgerufen, zumal man dort ganz bestimmt mit dem Siege des rumänischen Vertreters rechnete. Man hatte nicht erwartet, daß Brian, der den rumänischen Standpunkt unerschütterlich vor seinem englischen Kollegen, Chamberlain, zurückzuweisen würde. Infolge des ungünstigen Ausgangs des Optantenstreits gilt in Bukarest die Stellung des Kabinetts Bratianu als erschüttert.

Anträge zur Reichsreform.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde eine Reihe von Entschlüsselungen angenommen, die sich auf die Reichsreform beziehen. Es handelt sich dabei besonders um folgende Entschlüsselungen: Die von den Demokraten beantragten Entschlüsselungen über die baldige Vorlegung eines Gesetzes, das an die Stelle der bisherigen Staatsangehörigkeit eine Reichsangehörigkeit setzt, baldige Vorlegung einer Reichsstaatsordnung und einer Reichslandgemeindeförderung, Verhandlungen zur Umwandlung des preussischen Oberverwaltungsgerichts in ein Reichsoberverwaltungsgericht und über den Lebergang der Geschäfte der höchsten Verwaltungsgerichte der Länder auf das Reichsoberverwaltungsgericht, Befestigung der Enklaven und der Grenzdistrikte der Länder untereinander usw. Ferner handelt es sich um Entschlüsselungen der Deutschen Volkspartei, die darauf hinarbeiten, die Vereinigung kleinerer mit benachbarten größeren Ländern zu fördern.

Südtirol ist eine Weltfrage geworden.

„Was wir gewollt haben, haben wir erreicht.“ Wien. In einer Versammlung der Christlich-Sozialen Partei sprach ein Vertreter Südtirols, der Nationalrat Dr. Kneußl, über die Südtiroler Frage. Der Redner führte u. a. aus:

„Wenn wir uns nun fragen, welchen Erfolg das Eintreten der Italoer Abgeordneten, die Stellungnahme der österreichischen Regierung und die Rede des italienischen Ministerpräsidenten haben, so müssen wir sagen: das, was wir gewollt haben, haben wir erreicht. Wir haben das Weltgewissen wachgerufen. Die Südtiroler Frage ist jetzt eine Weltfrage. Wir haben der Welt gezeigt, daß Südtirol der Stachel im Fleisch Italiens ist. Die Südtiroler Frage wird nicht mehr zur Ruhe kommen, wenn auch die Südtiroler heute mehr denn je geehrt werden. Der Erfolg unserer Aktion war der, daß wir in die ganze Welt hinaus die Anlage geschleudert haben: Das heutige Italien hat jenes Königswort von 1919 und auch den Friedensvertrag von St. Germain gebrochen.“

Wie die Wiener „Neuesten Nachrichten“ mitteilen, hat in der letzten Zeit der Fremdenstrom nach Italien einen neuen Wert in Richtung aufzuweisen. Desgleichen hat sich die Güterausfuhr aus Italien nicht unbedeutend vermindert. Von den Gütererzeugnissen, die Obst und Gemüse aus Italien nach Deutschland befördern, mußten einige in der letzten Zeit ausfallen, da nicht genügend Waren zum Transport angemeldet waren.

Neuwahl der Saarregierung.

In Stelle des Belgiers Lambert tritt der Helsingforjer Bürgermeister.

Genf. Die öffentliche Völkerbundsversammlung am Sonntag war völlig bedeutungslos. Man beschäftigte sich besonders mit Anleihen und Völkerbundtreiben. Die Haltung Portugals war bemerkenswert, da dieses kleine Land sich eine Völkerbundkontrolle, die nach seiner Ansicht zu weit geht, nicht bieten lassen will und daher auf den Kredit verzichtet. In einer Privatversammlung wurde die Saarregierung neu bestellt. In die Stelle des Belgiers Lambert tritt der Bürgermeister von Helsingfors, Ehrenroth, während die übrigen Mitglieder der Saarregierung einschließlich des Präsidenten neuerlich bestätigt worden sind. Ehrenroth ist 51 Jahre alt, hat eine lange politische und diplomatische Karriere hinter sich; er spricht deutsch, französisch und englisch.

Mit der Wahl Ehrenroths ist die Forderung der deutschen Regierung und der Saarbevölkerung auf eine neutrale Persönlichkeit erfüllt. Wir sehen nun seinen Later entgegen.